

Walter Engelberg
Sprecher der Initiative Immissionsarmes Wohnen Rheinbreitbach
Rheinblickstrasse 48
53619 Rheinbreitbach

25.01.2010

OFFENER BRIEF

An den
Landrat des Kreises Neuwied
56564 Neuwied

Betr.: O² Mobilfunkmast im Wohngebiet Rheinbreitbachs

Bezug: Ihr Schreiben vom 22.12.2009

Sehr geehrter Herr Landrat Kaul,

die Ausführungen in Ihrem Schreiben konnten die Empörung über Haltung und Vorgehensweise der Kreisverwaltung in keiner Weise zerstreuen. Das haben Sie auch den verschiedenen Schreiben von Anwohnern entnehmen können, die Sie in den letzten Wochen erreichten.

Wenn es, wie Sie schreiben, für die Erteilung einer Baugenehmigung unerheblich ist, ob es sich um ein allgemeines oder ein reines Wohngebiet handelt, dann fragen wir uns, warum Ihre Mitarbeiter mit großem Aufwand versuchen, dem Gericht fragwürdige, weil wahrheitswidrige Beweise für den Gebietscharakter Allgemeines Wohngebiet vorzulegen.

Und wenn es tatsächlich im reinen Wohngebiet mittels einer Dispensentscheidung möglich ist, eine Mobilfunkantenne zu genehmigen, dann fragen wir uns wiederum, warum ein solcher Dispens weder beantragt noch erteilt wurde.

Hinzu kommt, dass auch die Standortbescheinigung in den Genehmigungsunterlagen unkorrekt war und trotz fehlenden Standsicherheitsnachweises der Baubeginn zugelassen wurde.

Aber nicht allein diese Details speisen unsere Kritik an der Kreisverwaltung, diese werden vor Gericht geklärt werden.

Es ist die grundsätzliche Haltung der Kreisverwaltung, die die Bürger empört. Der Kreis tut offensichtlich alles, um der Mobilfunkindustrie das Geschäft zu erleichtern. Doch der Kreis hat auch Verantwortung für den vorsorgenden Gesundheitsschutz der Bevölkerung und für die Bewahrung der Grundzüge der Planung, wozu auch die Vermeidung gewerblicher Überprägung von Wohngebieten gehört. Diese Ihre Verantwortung vernachlässigen Sie allem Anschein nach!

Sie wissen, dass nicht nur die Bundesärztekammer¹ und das Europäische Parlament², ja selbst das Deutsche Mobilfunk Forschungsprogramm – mitfinanziert durch die Industrie - zu vorsorglicher Minderung von elektromagnetischen Immissionen aufrufen.

¹ Prof. Andreas D. Kappos, BÄK in Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis Nr. 3, 17. Jg., Dezember 2008

Viele der hier betroffenen Bürger sind auch Ihre Wähler. Sie erwarten, dass Sie – wie im Wahlkampf versprochen – mit Ihrer Verwaltung tatsächlich die Interessen der BürgerInnen vertreten. Gegen dieses Prinzip wurde im vorliegenden Fall in eklatanter Weise verstoßen. Davon können Sie sich bei einem Besuch vor Ort überzeugen.

Wir fordern Sie daher dazu auf, sich Ihrer ganzen Verantwortung zu stellen. Setzen Sie sich mit uns und der Ortsgemeinde für einen Standort ein, der der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber von 2008 entspricht, deren erster Schwerpunkt lautete „Die Verbesserung von Kommunikation und Partizipation bei der Standortfindung“.

Mit freundlichen Grüßen,

Walter Engelberg

Cc per mail auch an RZ und GA

² Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zu der Gesundheitsproblematik in Zusammenhang mit elektromagnetischen Feldern (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT%20TA%20P6-TA-2009-0216%200%20DOC%20XML%20V0//DE&language=DE>)